



Fédération des Magistrats,
des Enseignants et du Personnel
de l'Etat du Valais

Zentralverband der Magistraten,
der Lehrerschaft und des Personals
des Staates Wallis

GROSSER RAT

INFORMATION

KONTAKT

027 323 40 43
stephane.pont@fmep.ch
www.fmep.ch



ZUSAMMENFASSUNG DER FEBRUARSESSION 2025

Staatspersonal Wallis

Teuerungsausgleich für die Löhne im öffentlichen und halböffentlichen Dienst: das Parlament will entscheiden

Mehrere politische Fraktionen haben zu Beginn der Session dringliche Motionen zu diesem Thema eingereicht. Diese reichen von der Forderung, den SNB-Gewinnanteil zur Aufstockung der verschiedenen Fonds und zur Schuldentilgung zu verwenden (SVP), bis hin zur Anpassung der bestehenden gesetzlichen Grundlagen, damit die Zuteilung der ausserordentlichen Einkünfte dem Grosse Rat zur Entscheidung und Priorisierung vorgelegt werden kann (Le Centre, die Mitte Oberwallis). Die FDP geht noch weiter und fordert eine Gesetzesänderung bezüglich der Entlohnung der Staatsangestellten des Kantons Wallis vom 12. November 1982, so dass jede Teuerungsanpassung der Löhne dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt werden muss.

Der ZMLP hat verschiedene Schritte zur Sensibilisierung der Fraktionsvorsitzenden der Parteien zwecks Erläuterung der Auswirkungen einer Gesetzesänderung bezüglich der Entlohnung des Staatspersonals des Kantons Wallis und der damit verbundenen negativen Folgen unternommen.

Nach Kenntnisnahme der Position des Staatsrates hat der Grosse Rat die eingereichten Motionen angenommen.

Für die Löhne im öffentlichen und halböffentlichen Dienst beginnt eine ungewisse Zeit. Der ZMLP wird die Entwicklung der Gesetzesänderungen weiterhin aufmerksam verfolgen und seine Aktionen und Interventionen intensivieren.

Erziehung und Bildung

Schulen der Tertiärstufe

Die Standortwahl für Schulen der Tertiärstufe fällt künftig in die Zuständigkeit des Staatsrates, während sie bisher dem Grosse Rat oblag. Der Staatsrat verpflichtet sich, einer Gemeinde, die dies nicht wünscht, keine Schule aufzuzwingen. Er weist gleichzeitig darauf hin, dass die kantonalen Bildungs- und Forschungseinrichtungen der Tertiärstufe „christlich“ über den ganzen Kanton verteilt sind.

Lehrerabgänge: Was sind die Gründe?

Die Gründe für den Rücktritt von Lehrpersonen sind vielfältig, oft unbekannt und vor allem vertraulich. Nach informellen Rückmeldungen sind die häufigsten Gründe eine berufliche Neuorientierung, eine Zusatzausbildung, eine Beförderung innerhalb der Schule, eine Versetzung in eine andere Schulstufe, ein Sabbatjahr oder die Umsetzung eines persönlichen Projektes.

Von den 4'300 Lehrpersonen, die dem Unterrichtswesen unterstellt sind, gehen etwa 100 am Ende eines Schuljahres in den Ruhestand und rund 100 verlassen den Lehrerberuf, in der Regel endgültig. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der aktiven Lehrpersonen ist die Abgangsrate also sehr gering und aus unserer Sicht keineswegs alarmierend. Die Behebung des Mangels liegt also nicht im Verständnis oder gar in der Beseitigung dieser Abgangssituationen, sondern in der Einführung spezifischer Massnahmen, die auf die besonderen Umstände im Bildungswesen zugeschnitten sind.

Für eine professionelle und weltliche Erziehung im Bereich der sexuellen Gesundheit

Das Departement für Wirtschaft und Bildung setzt sich für eine professionelle und weltliche Sexualerziehung in den Walliser Schulen ein. Das Departement hat für diese Art von Einsätzen nie eine DAS-Ausbildung der Referenten verlangt. Es legt jedoch besonderen Wert auf die vermittelten Inhalte und die Art und Weise der Umsetzung. Dazu wurde die Evaluierung der Interventionen von SIPE und AVIFA beschlossen. Da AVIFA nur in ca. 15 Klassen interveniert, d.h. in weniger als 1% der betroffenen Klassen, werden diese Bewertungen erst im Frühjahr 2025 abgeschlossen sein. Eine umfassende und fundierte Beantwortung des Postulats ist daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Eine definitive Antwort erfolgt, sobald alle Informationen vorliegen.

Angebot eines Fernstudienganges an der Pädagogischen Hochschule Wallis.

Einige Studiengänge an ausländischen Hochschulen bieten einen Teil der Kurse für angehende Lehrkräfte als Fernstudium an. In der Schweiz bietet die Pädagogische Hochschule Schwyz seit Herbst 2024 den Bachelorstudiengang Primarstufe zum Teil als Fernstudium an (3,5 Studientage pro Woche). Der Oberwalliser Standort der PH Wallis leidet stark unter der Konkurrenz von ausserkantonalen Angeboten, die im Bereich der pädagogischen Ausbildungen angeboten werden. Die Einführung eines Fernstudiums für den Primarschulunterricht an der PH Wallis würde nicht nur zur Bekämpfung des Lehrermangels beitragen, da sich das Angebot an Personen richtet, die aufgrund ihrer beruflichen oder familiären Verpflichtungen kein Vollzeitstudium absolvieren können/wollen, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschule auf nationaler Ebene stärken, indem ein innovatives und modernes Zusatzangebot geschaffen wird. Das Postulat wurde vom Grossen Rat zur Bearbeitung angenommen.

Zusammenfassung

Der Staat beabsichtigt den Erwerb von zwei historischen Gebäuden in der Stadt Sitten für von 16 Millionen Franken. Der Betrag wird aus dem Fonds zur Finanzierung der Investitionen und der Geschäftsführung von staatlichen Immobilien (Fonds FIGI) entnommen und dies ohne Auswirkungen auf das Budget 2025. Durch diese Ankäufe werden laut Regierung jährliche Mietzahlungen in Höhe von Fr. 880'000 eingespart werden können.

Die Revision des Baugesetzes wurde vom Grossen Rat nach über vierstündiger Debatte angenommen. Die Änderungen betreffen die Schaffung einer Informationsstelle, die Problematik des Aushubs, die Zusammensetzung der kantonalen Baukommission und die Zulassung von Bauzeichnern zur Ausarbeitung von Plänen.

Bezüglich der 3. Rhonekorrektur tritt der Grosse Rat auf die vorgezogenen Massnahmen zur Rhonekorrektur in der Region Chablais ein. Diese beiden Abschnitte sind Teil der prioritären Massnahme Chablais. Der Kanton wird für diese beiden Abschnitte rund 27 Millionen Franken aufwenden müssen.

Die Walliser Hymne „Marignan“ wird aufgrund eines Postulats der SVP nicht in der Verfassung verankert. Der Verfassungsänderungsprozess ist mühsam und kostspielig, bringt aber nichts Konkretes.

Der Grosse Rat bewilligt eine Subvention von 30% für die Finanzierung der Sportanlagen im Zielgelände «Barzettes» in Crans-Montana im Zusammenhang mit den Ski-Weltmeisterschaften 2027 in Höhe von 4.4 Millionen Franken.

Familien in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen werden bei Zahnbehandlungen und Zahnarztkosten mit bis maximal Fr. 500.- pro Jahr und Familie besser unterstützt.

Sitten, den 20.02.2025

Stéphane Pont - Generalsekretär